



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/1731/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	29.01.2008

Mehr Sicherheit bei der KVB

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit Polizei und KVB ein Konzept für mehr Sicherheit bei der KVB zu erarbeiten. Hierbei sollen die städtischen Ordnungskräfte, die Mitarbeiter der KVB und die Kölner Polizei eng kooperieren. Ziel ist eine möglichst umfassende Präsenz von Sicherheitskräften in den Bussen und Bahnen der KVB sowie an den KVB-Haltestellen nach Vorbild der Pariser Metro.

Begründung:

Eine Münchener U-Bahn Station war am 20. Dezember 2007 Schauplatz eines ungeheuren Verbrechens. Der 76jährige pensionierte Schuldirektor Bruno N. wurde Opfer eines brutalen und heimtückischen Überfalls durch zwei jugendliche Ausländer. Der Türke Serkan A., 20 Jahre, und der Grieche Spiridon L., 17 Jahre, rissen den Rentner hinterrücks zu Boden, schlugen auf ihn ein und traten in brutalster Weise mehrfach auf seinen Kopf. Das Opfer erlitt drei Schädelbrüche und Gehirnblutungen. Sein Überleben grenzt an ein medizinisches Wunder. Der ermittelnde Polizeibeamte nannte die Kriminellen entwurzelte Gewalttäter, die quer durch das Strafgesetzbuch Strafeintragungen aufweisen. 39 Einträge der Türke, 23 Einträge der Grieche. Die kriminellen Vielfachtäter befinden sich in U-Haft und haben eine Anklage wegen Mordversuchs zu erwarten. Der Auslöser für den feigen Überfall war die Bitte des Rentners, der Grieche möge im U-Bahnzug seine Zigarette ausmachen. Darauf wurde der Pensionär als „deutsches Schwein“ beschimpft und bespuckt und nach dem Verlassen des Zuges überfallen.

Jeder von uns kann jeden Tag in jeder deutschen Großstadt Opfer einer solchen kriminellen Gewalttat werden, egal ob Greis oder Kind, Frau oder Mann. Die explodierende Gewaltkriminalität ist Folge einer naiven und falschen jahrzehntelangen Politik, der ein ideologisch verdrehtes Weltbild zugrunde liegt, weit entfernt von jeder Realität.

Statt der multikulturellen Idylle haben sie uns alle zusammen eine multikriminelle Gesellschaft auferlegt – in München genauso wie in Köln!

Deshalb gilt es, aus der bundesweit vielbeachteten Gewalttat von München die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wesentliche Akzente dafür sind auf Bundes- und Landesebene zu setzen. Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, insbesondere aber auch bei Polizei und Justiz drängt sich geradezu auf, wenn man von den „Ministrafen“ in „Bild“ liest, welche die brutalen Schläger für ihre Untaten bisher kassierten. So bekam der Türke Serkan A., 41 Delikte, Anfang 2005 für Betrug, Unterschlagung und Sachbeschädigung vier Wochen Jugendarrest, am 5. Oktober 2005 für Raub ein Jahr Jugendstrafe mit Bewährung. Der Grieche Spiridon L., 23 Delikte, mußte für Diebstahl in fünf Fällen und Betrug lediglich Sozialarbeit leisten. Solche „Strafen“ sind praktisch die Aufforderung an die Brutalos, die kriminelle Karriere wacker fortzusetzen.

Die Frage ist, wie könnten die Normalbürger, Deutsche sowohl wie andere Europäer und gesetzestreue Fremde, vor der steigenden Jugendgewalt der Migranten geschützt werden? Naheliegend wären folgende Sofortmaßnahmen:

Absolute Ausschöpfung des möglichen Strafmaßes bei Gewaltverbrechen, Raub und Mehrfachverbrechern ab 18 Jahre, keine Aussetzung der Strafen zur Bewährung, konsequente und sofortige Abschiebung von Gewalt- und Mehrfachtätern.

Während man sich allgemein darüber einig ist, daß der Türke abgeschoben werden muß, behaupten schlecht informierte Politiker, wie z.B. der bayerische Innenminister Herrmann, daß der Grieche, da EU-Bürger, nicht ausgewiesen werden könnte. Das ist falsch. Auch EU-Bürger können und müssen abgeschoben werden, „wenn von ihrem persönlichen Verhalten eine tatsächliche und schwere Gefahr für die Gesellschaft des Gastlandes ausgeht“. Dies ist wohl bei Spiridon L., dem 23fachen Intensivtäter und potentiellen Mörder, klar der Fall! Aber wem fällt beim Stichwort Abschiebung nicht der Fall „Mehmet“ ein? Beim Türken Muhlis A., der es schon auf 60 Straftaten als Strafunmündiger gebracht hatte, dauerte es von 1998 bis 2005, bis er endgültig aus Deutschland verschwinden mußte.

Wichtiger noch ist die Verstärkung der Sicherheit. Dies trifft besonders auf U- und S-Bahnen in Ballungszentren zu, also gerade auch in Köln. Hier ergibt sich für die Kommunalpolitik eine Handlungsmöglichkeit. Vorbild für die KVB sollte die Pariser Metro werden. In den U-Bahnen der französischen Hauptstadt sind Polizei und Angehörige privater Sicherheitsdienste auf allen Metro-Stationen präsent, und in allen Zügen sind Polizisten in Uniform und Zivil stets dabei. Und das vierundzwanzig Stunden am Tag.

Man komme uns nicht mit den Kosten. Keine Mehrausgaben als diese wären besser angelegt. Besonders dann, wenn man bedenkt, welche sinnlose Verschwendung mit deutschen Steuergeldern gerade in Köln tagtäglich geschieht!

Alle diese Vorschläge sind bedauerlicherweise nur Heilversuche an Symptomen, nicht an der Ursache der unheilvollen Krankheit. Ihr Name ist Multikulti. Was nützt es, zwei Gewalttäter abzuschieben, wenn Tausende neu auftauchen oder nachwachsen?

Auf den Punkt brachte es ein Polizeibeamter, der im Fall Otto N. / Serkan A. / Spiridon L. ermittelt. Er nannte die beiden Verbrecher mit Migrationshintergrund „entwurzelte Gewalttäter“. Entwurzelung, das ist der Hintergrund, die Ursache für die Gewalt, für die Vergehen und Verbrechen in der multikulturellen Gesellschaft. Daß die beiden Münchener Jugendlichen zu menschlichen Zerrbildern wurden und werden, ist viel weniger ihre eigene Schuld, als die Schuld jener Politiker in Deutschland, die seit Jahrzehnten die

Masseneinwanderung preisen und fördern. Dies werden die Politiker der Altparteien jedoch nie einsehen und noch weniger eingestehen. Daher müssen sie abgewählt werden.

Der vorstehende Antrag zeigt einen für die Kölner Kommunalpolitik gangbaren Weg zur Lösung des Problems der Jugendgewalt in einem für kommunalpolitisches Handeln unmittelbar zugänglichen Bereich auf. Seine Annahme hätte Signalwirkung für die Kölner Bürger, die von ihren Kommunalpolitikern Beiträge zu einem Mehr an Sicherheit in der Domstadt erwarten.

gez. Rouhs